

**Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatl. Schulamt
für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis
GPRLL, Weiherhausstraße 8 b, 64646 Heppenheim**

E-mail: e.petermann@hp.ssa.hessen.de

Tel. 06252 – 996436 (dienstags 14 – 16 Uhr)

Fax 06252 – 996449 (Schulamt)

Tel. privat: 06251 – 6 13 21; Fax privat: 06251 – 58 16 42

Heppenheim, 3. Februar 2005

An die Landtagsabgeordneten des Kreises Bergstraße
An die Kultusministerin Frau Karin Wolf auf dem Dienstwege
An den Ministerpräsidenten Roland Koch
An den Landrat des Kreises Bergstraße Mattias Wilkes
An den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Offener Brief

Rechtssicherheit für Schüler/innen schaffen

Seit Inkrafttreten des neuen Ausländerrechts ist - vor allem an Schulen mit einem hohen Anteil an Asylbewerbern - eine Entwicklung zu beobachten, die uns als Interessenvertreter der betroffenen Lehrkräfte im Schulaufsichtsbereich Bergstraße/Odenwald Sorgen macht.

Ausländische Schülerinnen und Schüler werden teilweise von einem auf den anderen Tag abgeschoben und ihr Platz in den Klassen bleibt leer. Unter den Schülern herrscht Angst und Unsicherheit. Es scheint keine klaren Richtlinien für diese Maßnahmen zu geben. Die einen bekommen ihre Duldung für einen Monat, andere bekommen sie für sechs Monate verlängert. Wer wann wie lange weshalb unter welchen Bedingungen bleiben darf, ist unklar.

Die Folge ist Planungsunsicherheit für alle Beteiligten: Wie soll man einen Schüler motivieren, sich auf seinen Abschluss vorzubereiten, wenn er fürchtet, morgen schon ausgewiesen zu werden?
Wie sollen Pädagogen Projektarbeitsgruppen planen, wenn nicht klar ist, welcher Schüler morgen noch daran teilnehmen kann, oder welche Schülerin sich aus Angst vor Abschiebung versteckt oder suizidgefährdet ist?
Und welcher Unternehmer oder Handwerker ist bereit, Praktikanten oder Auszubildende aufzunehmen, wenn nicht sicher ist, ob sie am nächsten Tag noch zur Arbeit kommen können?

Um erfolgreiche Schulabschlüsse und Ausbildungen zu erzielen, ist die erste Voraussetzung, ein angstfreies Lernklima zu schaffen. Dazu wiederum ist es unbedingt notwendig, Schülern, Pädagogen und Ausbildern Rechtssicherheit zu geben. Die kann nicht darin bestehen, dass Duldungen immer nur monatlich verlängert, sondern für den gesamten Zeitraum der schulischen oder betrieblichen Ausbildung garantiert werden.

Wir bitten Sie, sich als politische Verantwortliche in Ihren verschiedenen Funktionen dieser Verantwortung zu stellen und die Entscheidungen darüber nicht den einzelnen, damit oft überforderten Sachbearbeitern/innen in den Behörden zu überlassen, sondern klare Rechtsvorschriften zu schaffen.

**Während der Schul- und/oder Betriebsausbildung dürfen keine Abschiebungen stattfinden!
Handeln Sie bitte schnell und schaffen Sie im Hessischen Landtag, dem Petitionsausschuss und in den Ministerien die gesetzlichen Grundlagen dafür.**

Mit freundlichen Grüßen

Eva Petermann